Bericht:

Mit Schreiben vom 15.02.2006 stellt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag:

1. Überprüfung der Verkehrssituation im Umfeld des Einkaufszentrums Aldi und Edeka-Markt
2. Überdenken der Sammelstraßen-Idee (unser Schreiben vom 04.01.2006)
3. Situation in der Tannostraße
4. Einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für alle Wohngebiete

Begründung:

1. Im Rahmen der jetzt beabsichtigten Überprüfung der Umsetzung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, beantragen wird, die verkehrliche Situation im Wohnumfeld des Einkaufszentrums Aldi und Edeka-Markt zu überprüfen. Wir erinnern an den Antrag auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h von Bewohnern der Danziger Straße. Anwohner der Hamburger Straße wiesen uns jetzt auf das gestiegene Verkehrsaufkommen in ihrer Straße hin und dass inzwischen auch Schulbusse ihren Weg durch die Hamburger Straße nehmen. So sinnvoll es war, dass Schortens innerstädtische Einkaufsmöglichkeiten umsetzte, so belastend sind die Verkehre, die nun ihren Weg durch bislang ruhige Wohngebiete nehmen. Um die Sicherheit zu erhöhen und die Lärmbelastung zu verringern, sollten auch diese Wohngebiete eine Verkehrsberuhigung auf 30 km/h erhalten.
2. Die Festlegung von Straßen als sogenannte Sammelstraßen muss überprüft und in einigen Bereichen geändert werden. Siehe unser Schreiben vom 04.01.2006 *), u.a. den Kreuzweg betreffend, das von Ihnen und der Mehrheitsgruppe nicht berücksichtigt worden ist.
3. Alle von der Plaggestraße in das Wohngebiet am Klein-Ostierner-Weg abgehenden Straßen sollten gleichbehandelt werden. Der Lübbenweg und der Peterweg sind mit 30 km/h zu befahren, die Tannostraße jedoch teilweise mit 50 und teilweise mit Schrittempo wegen des Spielstraßenbereichs im hinteren Neubaugebiet. Wir beantragen, im Eingangsbereich der Tannostraße ein 30er Schild aufzustellen.
4. Grundsätzlich muss gelten, dass sich die Autofahrer beim Einfahren in Wohngebiete auf eine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung einstellen. Deshalb sollte in allen Wohngebieten 30 km/h gelten.

*) Das Schreiben vom 04.01.2006 hatte folgenden Inhalt:

„Da das Thema Verkehrsberuhigung noch einmal beraten werden soll, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen:

Im Wohngebiet Flüsse-Viertel wird dem Kreuzweg die Funktion einer Sammelstraße zugemessen u. a. deshalb, weil der Kreuzweg auf der anderen Seite der Menkestraße in Richtung Mühlenweg als eine solche eingestuft wurde. Es fließt aber nur ein kleiner Teil des Verkehrs über diesen Teil des Kreuzweges in die Innenstadt; andere „Abflüsse“ sind

die Pregel-, Mosel- und Jadestraße in Richtung Lidl und die Pregel- und Rheinstraße bzw. die Oder-, Elbe- und Donaustraße in Richtung Bürgerhaus und Wochenmarkt. Der Kreuzweg führt im Flüsse-Viertel nicht so viel Verkehr, dass er mit der Definition Sammelstraße belegt werden müsste.

Für das Wohngebiet Hohe Gast hat die Straße „Hohe Gast“ die Bedeutung einer Sammelstraße. Auf ihr gilt jedoch, wie dort im gesamten Wohngebiet, 30 km/h. Bei den nun anstehenden Überlegungen zur Verkehrsberuhigung in diesem Gebiet macht es Sinn, das gesamte Wohngebiet zwischen Menkestraße und Plaggestraße als 30er-Gebiet auszuweisen, weil für den Kreuzweg und die „Hohe Gast“ vergleichbare Bedingungen herrschen.

Als Nebeneffekt einer umfassenden Verkehrsberuhigung in diesem Wohngebiet bräuchte man erheblich weniger Verkehrszeichen.

Ich bitte darum, diese Überlegungen in die neuen Beratungen mit aufzunehmen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Antrag ist zu beraten. Im VA vom 07.02.2006 wurde bereits folgender Beschluss gefasst:

1. Im Flüsseviertel wird versuchsweise eine Tempo-30-Zone eingerichtet. Die Messungen in dem Bereich werden fortgesetzt, um Vergleichszahlen zu erhalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Verkehrslenkungskonzept zu erarbeiten, um den Verkehr aus der Hohen Gast zum Stadtzentrum über den Kreuzweg zu leiten.
3. In der Jadestraße wird hinter dem Lidl-Markt ein Schild „Durchfahrt für Lkw über 7,5 t verboten“ aufgestellt.
4. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, innerhalb des Stadtgebietes Überlegungen anzustellen, ob gleich geartete oder vergleichbare Fälle vorliegen. An diesen Stellen sind analog zum Flüsseviertel Untersuchungen vorzunehmen. Über die Ergebnisse ist im Zusammenhang Ende des Jahres dem Planungsausschuss zu berichten.